

Sehr geehrte Anlegerin, sehr geehrter Anleger,

die demographische Entwicklung hat dazu geführt, dass die private Altersvorsorge heute wichtiger ist denn je. Mit dem vorliegenden Antrag auf Abschluss eines Altersvorsorgevertrages – **DWS RiesterRente Premium** – haben Sie eine kluge Wahl getroffen und machen einen wichtigen Schritt in Richtung ergänzender Altersvorsorge.

Die Vorteile der DWS RiesterRente Premium auf einen Blick:

- Sie können Zulagen vom Staat in Anspruch nehmen.
- Sie können den Beitrag ggf. ganz oder teilweise als Sonderausgaben geltend machen und somit eine Steuerermäßigung erhalten.
- Sie haben die Garantie, dass vorbehaltlich Ihrer Kündigung/eines Anbieterwechsels mindestens Ihre Altersvorsorgebeiträge und Ihre Zulagen bei Rentenbeginn zur Verfügung stehen. Das garantieren wir mit unserer Beitragszusage.
- Sie haben ein Produkt ausgewählt, das an den Renditechancen der Aktienmärkte partizipieren und die Sicherheitsorientierung festverzinslicher Papiere nutzen kann, je nachdem, welches Investment im aktuellen Marktumfeld und in Ihrer Situation die besseren Möglichkeiten bietet.

Wie wird die Zusammensetzung Ihres Investments bestimmt?

Das besondere an der **DWS RiesterRente Premium** ist, dass die Mischung Ihrer Kapitalanlage regelmäßig den Marktgegebenheiten angepasst werden kann. Auf Grundlage eines automatisierten finanzmathematischen Modells wird täglich ermittelt, wie viel Ihres Investments in eine risikoreichere Komponente (Wertsteigerungskomponente) und welcher Anteil in eine weniger riskante Komponente (Kapitalerhaltungskomponente) angelegt wird. Bei dieser permanenten automatisierten Überprüfung und eventuellen Anpassungen Ihres Investments berücksichtigt das Modell bestimmte Faktoren, insbesondere die Restlaufzeit Ihres Vertrages, die Marktentwicklungen, die Zinsen am Kapitalmarkt und die Garantie Ihrer individuellen Beiträge und Zulagen.

Diese Vorgehensweise soll sicherstellen, dass Sie am Ende der Sparphase mindestens die Summe Ihrer Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) für die Verrentung zur Verfügung haben. Darüber hinaus ermöglicht sie, dass Renditechancen effizient genutzt werden können und Ihr Investment kontinuierlich optimiert werden kann. Weitere Einzelheiten zur Funktionsweise des Investment-Mechanismus finden Sie im Antragsformular unter „Ansparphase“.

Kurzangaben über steuerrechtliche Vorschriften

Die folgenden Aussagen zu den steuerlichen Vorschriften gelten nur für Anleger, die in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind.

Ansparphase:

Die steuerliche Förderung der Altersvorsorgebeiträge in der Ansparphase zugunsten des DWS Riester Rente Premium Vertrags hängt sowohl von der Höhe der Beitragszahlungen als auch den maßgebenden Einnahmen des Anlegers ab. Für die Gewährung einer ungekürzten Zulage ist die Erbringung eines Mindesteigenbeitrags des Anlegers erforderlich. Dieser beträgt für Pflichtversicherte 4 % der in der gesetzlichen Rentenversicherung beitragspflichtigen Einnahmen des Vorjahrs. Ein Sonderausgabenabzug nach § 10 a EStG wird nur berücksichtigt, wenn dies günstiger ist als der Anspruch auf Zulage. Die Höhe der abzugsfähigen Sonderausgaben ist auf 2.100 € begrenzt.

Auszahlungsphase:

Leistungen aus dem DWS Riester Rente Premium Vertrag werden in der Regel erst in der Auszahlungsphase als sog. sonstige Einkünfte (§ 22 Nr. 5 EStG) besteuert. Der Umfang der Besteuerung richtet sich danach, ob die in der Ansparphase eingezahlten Beträge in vollem Umfang, nur teilweise oder gar nicht steuerlich begünstigt worden sind. In der Auszahlungsphase wird auf die erhaltenen Leistungen kein Sparer-Freibetrag nach § 20 Abs. 4 EStG gewährt; lediglich der Werbungskostenpauschbetrag nach § 9 a Satz 1 Nr. 3 EStG in Höhe von derzeit 102 € kommt zum Ansatz.

Geförderte Beiträge:

In der Auszahlungsphase voll besteuert werden Leistungen, die auf sog. geförderten Beiträgen beruhen. Somit unterliegen auch die aus geförderten Beiträgen erzielten Wertsteigerungen der vollen Besteuerung in der Auszahlungsphase. Geförderte Beiträge umfassen die geleisteten Eigenbeiträge des Vertragspartners zuzüglich der für das Beitragsjahr zustehenden Altersvorsorgezulage, soweit sie den Höchstbetrag nach § 10a EStG nicht übersteigen, mindestens jedoch die gewährten Zulagen und die geleisteten Sockelbeiträge i. S. d. § 86 Abs. 1 Satz 4 EStG. Soweit Altersvorsorgebeiträge zugunsten des Vertrags als Sonderausgaben berücksichtigt werden, für den keine Zulage beantragt wird oder der als weiterer Vertrag nicht mehr zulagebegünstigt ist, gehören diese Beiträge ebenfalls zu den geförderten Beiträgen.

Nicht geförderte Beiträge:

Soweit Leistungen in der Auszahlungsphase auf nicht geförderten Beiträgen beruhen, ist der Unterschiedsbetrag zwischen der ausgezahlten Leistung und den auf sie entrichteten Beträgen zu versteuern. Der Unterschiedsbetrag ist nur hälftig zu versteuern, wenn eine Auszahlung nach Vollendung des 60. Lebensjahres (bzw. für einen nach dem 31.12.2011 abgeschlossene Vertrag nach Vollendung des 62. Lebensjahres) und nach Ablauf von zwölf Jahren seit Vertragsschluss erfolgt. Zu den nicht geförderten Beiträgen gehören z.B. Zahlungen, für die der Anleger keine Altersvorsorgezulage und keinen steuerlichen Vorteil aus dem Sonderausgabenabzug nach § 10 a EStG erhalten hat oder Überzahlungen, d.h. Zahlungen, die den Höchstbetrag nach § 10 a EStG übersteigen bzw. Zahlungen innerhalb eines Beitragsjahres, in denen der Anleger nicht zum begünstigten Personenkreis gehört.

Die DWS wird die Umsetzung des finanzmathematischen Modells regelmäßig überprüfen. Dabei greift die DWS nicht aktiv in die Modellvariablen ein, sondern stellt lediglich die ordnungsgemäße Programmierung des finanzmathematischen Modells sicher. Ein Eingriff dient daher allein dem Zweck, die Funktion des finanzmathematischen Modells gemäß dem mit dem Anleger vereinbarten DWS RiesterRente Premium Altersvorsorgevertrag zu gewährleisten. Die DWS kann nicht nach ihrem eigenen Ermessen in die Modellvariablen eingreifen, um von diesem Zweck abweichende Änderungen vorzunehmen, ohne zuvor die Zustimmung des Anlegers einzuholen.

Höchststandssicherung

Zusätzlich haben Sie die Möglichkeit, Verluste „auf den letzten Metern“ zu vermeiden. Ab dem Jahr, in dem Sie das 55. Lebensjahr erreichen, bieten wir Ihnen an, Ihr Investment an jedem festgelegten monatlichen Stichtag zu prüfen und jeden neuen Höchststand festzuschreiben, so dass der Wert Ihrer Anlage nicht mehr unter den ab dann erreichten höchsten Stand sinken kann. Der Wert Ihres Altersvorsorgevermögens kann in dieser Zeit also nur noch steigen. Diese Entscheidung treffen Sie aber erst, wenn das Rentenalter in greifbarere Nähe rückt. Rechtzeitig vor Vollendung des 55. Lebensjahres wird sich die DWS mit Ihnen in Verbindung setzen und Sie über die Einzelheiten zur Option der Höchststandssicherung informieren. Angaben zu den Stichtagen sowie weitere Einzelheiten zur Höchststandssicherung können Sie den Besonderen Bedingungen für die DWS RiesterRente Premium (Ziffer 6) entnehmen.

Nach Eingang Ihres ausgefüllten Antrages bei DWS Investments erhalten Sie eine Eröffnungsbestätigung Ihrer **DWS RiesterRente Premium** und ab dann werden Ihre Altersvorsorgebeiträge für Sie investiert.

Vielen Dank für Ihr Vertrauen.

Wir freuen uns, Sie schon bald bei uns willkommen heißen zu dürfen!

Ihre DWS Investments

Auf nicht geförderten Beiträgen beruhende Leistungen, die der Anleger ab Vollendung des 85. Lebensjahres als Leibrente erhält, sind in Höhe des sog. Ertragsanteils von derzeit 5 % zu versteuern (§ 22 Nr. 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb EStG).

Soweit der Anleger geförderte als auch nicht geförderte Beiträge zugunsten des Vertrags leistet, sind diese Leistungen aufzuteilen und die Besteuerung erfolgt anteilig entsprechend der Regelungen für geförderte und nicht geförderte Beiträge.

Schädliche Verwendung:

Im Falle einer schädlichen Verwendung der Leistungen aus dem Vertrag sind die Förderungsbeträge zurückzuzahlen und die Besteuerung des übrigen ursprünglich geförderten Vermögens bestimmt sich nach den Regelungen für nicht geförderte Beiträge. Eine schädliche Verwendung der Leistungen aus dem Vertrag ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Anleger den Altersvorsorgevertrag kündigt, ohne das geförderte Altersvorsorgevermögen auf einen anderen zertifizierten Altersvorsorgevertrag zu übertragen oder er über seine Anteile während der Ansparphase oder nach Beginn der Auszahlungsphase ganz oder teilweise verfügt. Keine schädliche Verwendung ist die Verfügung über die Anteile, soweit die Verwendung des Kapitals zu Wohnzwecken i. S. d. § 92 a EStG erfolgt, der Anleger zu Beginn der Auszahlungsphase in Form einer einmaligen Teilkapitalauszahlung bis zu 30 % des zur Verfügung stehenden Kapitals erhält, in der Auszahlungsphase eine Auszahlung in Form eines zusammengefassten Auszahlungsbetrags i. H. v. bis zu zwölf Monatsleistungen oder zur Abfindung einer Kleinbetragsrente i. S. d. § 93 Abs. 3 EStG erfolgt bzw. der Anleger nur über die angefallenen Zinsen und Erträge verfügt. In Fällen der Beendigung der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht, beispielsweise durch Aufgabe des inländischen Wohnsitzes treten die Folgen der schädlichen Verwendung ein, es sei denn der Steuerpflichtige unterliegt weiterhin auf Antrag der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht. Die Auszahlung von Vermögen, das aus nicht geförderten Beiträgen stammt, stellt keine schädliche Verwendung dar. Bei Teilauszahlungen gilt das nicht geförderte Kapital als zuerst ausgezahlt.

Kündigung / Teilkündigung:

Kündigt der Anleger den Vertrag während der Anspar- oder Auszahlungsphase, ohne das geförderte Altersvorsorgevermögen auf einen anderen zertifizierten Altersvorsorgevertrag zu übertragen, treten im Hinblick auf das Guthaben, welches auf geförderten Beiträgen beruht, die für eine schädliche Verwendung geltenden Rechtsfolgen ein; im Übrigen gelten die Rechtsfolgen für nicht geförderte Beiträge. Im Falle einer Teilkündigung während der Anspar- oder Auszahlungsphase, d. h. einer Kündigung von Guthaben, welches auf nicht geförderten Beiträgen beruht, treten die für nicht geförderte Beiträge geltenden Rechtsfolgen ein.

Die steuerlichen Ausführungen basieren auf der derzeit bekannten Rechtslage. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich die steuerliche Beurteilung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Erlasse der Finanzverwaltung nicht ändert. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die oben beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen.

Diese Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe beraten zu lassen.

DWS RiesterRente Premium, Alter 25 Jahre, Rentenbeginn mit 60

Laufzeit in Jahren	eingezahlte Beträge in EUR	Angenommene Wertentwicklung p.a.				
		2%	4%	6%	8%	10%
1	1.200	753	767	782	797	811
2	2.400	1.520	1.565	1.611	1.657	1.704
3	3.600	2.304	2.396	2.490	2.587	2.686
4	4.800	3.102	3.259	3.421	3.590	3.766
5	6.000	3.917	4.156	4.409	4.674	4.954
6	7.200	5.219	5.571	5.945	6.344	6.769
7	8.400	6.548	7.041	7.573	8.147	8.766
8	9.600	7.902	8.571	9.300	10.095	10.962
9	10.800	9.284	10.161	11.129	12.198	13.377
10	12.000	10.694	11.816	13.069	14.469	16.035

DWS RiesterRente Premium, Alter 35 Jahre, Rentenbeginn mit 60

Laufzeit in Jahren	eingezahlte Beträge in EUR	Angenommene Wertentwicklung p.a.				
		2%	4%	6%	8%	10%
1	1.200	887	905	922	939	957
2	2.400	1.792	1.846	1.899	1.954	2.009
3	3.600	2.716	2.824	2.935	3.049	3.166
4	4.800	3.657	3.842	4.033	4.233	4.440
5	6.000	4.618	4.900	5.197	5.511	5.840
6	7.200	5.934	6.344	6.781	7.247	7.744
7	8.400	7.277	7.845	8.459	9.122	9.838
8	9.600	8.646	9.407	10.239	11.148	12.141
9	10.800	10.043	11.031	12.125	13.335	14.675
10	12.000	11.468	12.720	14.124	15.698	17.462

DWS RiesterRente Premium, Alter 45 Jahre, Rentenbeginn mit 60

Laufzeit in Jahren	eingezahlte Beträge in EUR	Angenommene Wertentwicklung p.a.				
		2%	4%	6%	8%	10%
1	1.200	1.022	1.042	1.062	1.082	1.102
2	2.400	2.064	2.126	2.187	2.250	2.314
3	3.600	3.128	3.252	3.381	3.512	3.647
4	4.800	4.212	4.424	4.645	4.875	5.113
5	6.000	5.318	5.643	5.986	6.347	6.726
6	7.200	6.649	7.117	7.617	8.150	8.719
7	8.400	8.005	8.649	9.345	10.098	10.910
8	9.600	9.389	10.243	11.178	12.201	13.321
9	10.800	10.801	11.901	13.120	14.473	15.972
10	12.000	12.241	13.625	15.179	16.926	18.889

Berechnungsbeispiele

Es handelt sich um ein fiktives Berechnungsbeispiel gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 4 Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz (AltZertG). Die hier unterstellten Angaben können in der Praxis anders aussehen, insbesondere erlauben Wertentwicklungen in der Vergangenheit keine Prognose für zukünftige Ergebnisse. Die Berechnung des gebildeten Kapitals kann daher höher oder niedriger ausfallen.

Das Berechnungsbeispiel basiert auf einem regelmäßigen jährlichen Beitrag von 1200,- EUR. Fondsanteile werden ohne Ausgabeaufschlag erworben. Die Verwaltungsvergütung und die Abschluss- und Vertriebskosten gemäß der Aufstellung der Entgelte und Kosten in den Vertragsbedingungen werden bei dem gebildeten Kapital berücksichtigt. Für die Verwaltung der Fondsanteile fallen zusätzlich Depotgebühren von derzeit 15,40 EUR pro Jahr an, das aktuell gültige Preisverzeichnis/Konditionentableau finden Sie auf der Internetseite www.dws.de. Die staatlichen Förderungen in Form einer jährlichen Zulage sowie des eventuell gewährten Sonderausgabenabzuges wurden nicht einkalkuliert. Bei der Übertragung des Altersvorsorgevertrages auf einen anderen Anbieter werden zusätzlich Wechselkosten von derzeit 51,30 EUR berechnet.

Eine Einwilligung nach § 10a Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz des Einkommensteuergesetzes ist Voraussetzung der Förderberechtigung für den dort genannten Personenkreis.

Ethische, soziale und ökologische Belange werden bei der Verwendung der eingezahlten Altersvorsorgebeiträge nicht berücksichtigt.

Der Altersvorsorgevertrag DWS RiesterRente Premium ist nach den Vorschriften des Altersvorsorge-Zertifizierungsgesetzes (AltZertG) am 28.11.2006 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, D-53003 Bonn, mit Wirkung zum 01.12.2006 zertifiziert (Zertifizierungsnummer: 003837) worden und damit im Rahmen des § 10a und des Abschnitts XI des Einkommensteuergesetzes steuerlich förderfähig. Bei der Zertifizierung ist nicht geprüft worden, ob die DWS RiesterRente Premium wirtschaftlich tragfähig, die Beitragszusage der DWS Investment GmbH erfüllbar ist und die Vertragsbedingungen zivilrechtlich wirksam sind.

Sollten aufgrund gesetzlicher Änderungen des AVmG, des AltZertG oder aufgrund eines Erlasses einer Rechtsverordnung oder Verwaltungsrichtlinie zur näheren Ausgestaltung des AVmG oder des AltZertG Anpassungen des Vertrages notwendig werden, kann die DWS insoweit einseitig Änderungen der Besonderen Bedingungen für Altersvorsorgeverträge vornehmen.

Besondere Bedingungen für die DWS RiesterRente Premium

Allgemeine Bestimmungen

1. Vertragsschluss

Zwischen dem Anleger und der DWS Investment GmbH (nachfolgend DWS genannt) kommt mit Eröffnung eines Depots bei der DWS für die DWS RiesterRente Premium ein Altersvorsorgevertrag im Sinne des § 1 Abs. 1 Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz (AltZertG) zu den nachfolgenden Bedingungen zu Stande. Der Altersvorsorgevertrag ist ein Vertrag über eine kapitalgedeckte Altersvorsorge des Anlegers und unterliegt nach Maßgabe der Vorschriften des Altersvermögensgesetzes bis zu bestimmten Höchstgrenzen der staatlichen Förderung. Voraussetzung für den Abschluss eines DWS RiesterRente Premium Vertrages ist, dass zwischen Vertragsbeginn und beantragtem Beginn der vertraglich vereinbarten Auszahlungsphase gemäß Nr. 9 dieser Bedingungen mindestens 7 Jahre liegen. Die DWS behält sich vor, Anträge von Anlegern abzulehnen, die diese Mindestlaufzeit unterschreiten. Für den Abschluss der DWS RiesterRente Premium ist ein Mindestalter des Anlegers nicht erforderlich.

2. Ansparphase und Auszahlungsphase

Der Altersvorsorgevertrag gliedert sich in einen Anlageplan zum Erwerb von Fondsanteilen (Ansparphase) und einen Auszahlungsplan für das angesparte Kapital (Auszahlungsphase).

Ansparphase

3. Altersvorsorgebeiträge

Der Anleger verpflichtet sich im Rahmen dieses Altersvorsorgevertrages, in der Ansparphase laufend, mindestens einmal pro Kalenderjahr, Aufwendungen (Altersvorsorgebeiträge) auf das DWS Depot zu erbringen. Einzahlungen können während der Ansparphase ausschließlich per Lastschriftinzug erfolgen, soweit es sich nicht um staatliche Zulagen bzw. Steuergutschriften oder um eine Kapitalübertragung im Rahmen des Anbieterwechsels handelt. Altersvorsorgebeiträge in Form einer Erhöhung der „regelmäßigen Beiträge“ und in Form von unregelmäßigen Zuzahlungen („Einmalzahlungen“ und/oder „zusätzliche Beiträge“) über die jeweils staatlich geförderte Höchstgrenze hinaus können dabei nur bis 5 Jahre vor dem vertraglich vereinbarten Beginn der Auszahlungsphase gemäß Nr. 9 dieser Bedingungen erbracht werden. „Regelmäßige Beiträge“ sind die vom Anleger bei Vertragsschluss gewählten regelmäßigen monatlichen, vierteljährlichen, halbjährlichen oder jährlichen Eigenbeiträge für seine DWS RiesterRente Premium. Im Rahmen der genannten Grenzen ist eine Anpassung der „regelmäßigen Beiträge“ jederzeit per schriftlichen Auftrag durch den Anleger möglich. Unregelmäßige Zuzahlungen können im Rahmen der genannten Grenzen jederzeit per schriftlichen Auftrag geleistet werden.

Als „zusätzliche Beiträge“ gelten staatliche Zulagen, neben den regelmäßigen Beiträgen gesondert geleistete Einmalzahlungen oder im Falle einer nachträglichen Erhöhung der bei Vertragsbeginn vereinbarten „regelmäßigen Beiträge“ die Differenz zwischen dem erhöhten Beitrag und dem ursprünglich bei Vertragsbeginn vereinbarten „regelmäßigen Beitrag“. Als eine Erhöhung der Beiträge und damit als „zusätzlicher Beitrag“ gilt nicht, wenn der Anleger während der Vertragslaufzeit seine bei Vertragsbeginn vereinbarte „regelmäßige Sparrate“ reduziert hat und anschließend wieder auf die bei Vertragsbeginn vereinbarte Höhe erhöht.

4. Anlage der Altersvorsorgebeiträge

Die Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) und Steuergutschriften werden gemäß den vorstehenden Angaben in Anteilen an Investmentfonds angelegt. Soweit es sich um ausschüttende Investmentfonds handelt, werden die Ausschüttungsbeträge kostenfrei unverzüglich zum Nettoinventarwert des jeweiligen Fonds wieder angelegt.

5. Dauer der Ansparphase

Die Ansparphase beginnt mit Aufnahme der regelmäßigen Einzahlung von Altersvorsorgebeiträgen durch den Anleger und endet – unbeschadet einer Kündigung des Altersvorsorgevertrages nach Nr. 7.1 – mit Beginn der Auszahlungsphase (Nr. 9).

6. Ruhen des Altersvorsorgevertrages

Der Anleger ist während der Ansparphase gem. Nr. 5 berechtigt, den Altersvorsorgevertrag ruhen zu lassen. Der Anleger ist verpflichtet, das Ruhen des Vertrages durch schriftliche Erklärung gegenüber der DWS 10 Tage vor Beginn der Ruhephase anzuzeigen. Eine Zahlungseinstellung ohne vorherige Vertragskündigung führt ebenfalls zum Ruhen des Vertrages. In diesem Fall trägt der Anleger die der DWS hierdurch entstandenen Kosten für Lastschriftretouren.

7. Beendigung des Altersvorsorgevertrages

7.1 Der Anleger ist berechtigt, den Altersvorsorgevertrag während der Ansparphase (Nr. 5) mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres zu kündigen, um das zu diesem Zeitpunkt gebildete Kapital auf einen anderen auf seinen Namen lautenden Altersvorsorgevertrag der DWS oder eines anderen Anbieters von Altersvorsorgeverträgen zu übertragen. Im Fall der Kündigung ist der Anleger verpflichtet, der DWS das Bestehen des anderen Altersvorsorgevertrages rechtzeitig vor Ablauf der Kündigungsfrist in geeigneter Form nachzuweisen. Im Fall der Kündigung entfallen die Höchststandssicherung nach Nr. 8 und die Beitragszusage nach Nr. 10 ohne weiteres.

7.2 Für die Übertragung kann die DWS ein Entgelt verlangen. Beabsichtigt der Anleger das bei einem anderen Anbieter im Rahmen eines nach dem AltZertG abgeschlossenen Altersvorsorgevertrages gebildete Kapital auf einen Altersvorsorgevertrag bei der DWS übertragen zu lassen, bedarf die Übertragung der Zustimmung der DWS.

7.3 Der Altersvorsorgevertrag endet mit dem Tod des Anlegers.

7.4 Eine ordentliche Kündigung des Altersvorsorgevertrages durch die DWS ist ausgeschlossen.

8. Höchststandssicherung

Ab dem vollendeten 55. Lebensjahr bietet die DWS dem Anleger zusätzlich die Möglichkeit einer Höchststandssicherung seines Altersvorsorgevermögens bis zum Beginn der Auszahlungsphase an. Vor Vollendung des 55. Lebensjahres wird sich die DWS mit dem Anleger in Verbindung setzen und ihn über die Einzelheiten zur Option der Höchststandssicherung informieren.

Der Anleger kann eine Höchststandssicherung seines Altersvorsorgevertrages einmal bis spätestens drei Monate vor Beginn der Auszahlungsphase gemäß Nr. 9 dieser Bedingungen schriftlich bei der DWS beantragen. Dieses Datum (nachfolgend „Referenzrenteneintrittstermin“) wird von der DWS für die Höchststandssicherung als Termin zu Grunde gelegt. Der Beginn der Auszahlungsphase richtet sich nach Nr. 9 dieser Bedingungen und kann von dem Referenzrenteneintrittstermin abweichen.

Die DWS bestätigt dem Anleger die Höchststandssicherung und den Referenzrenteneintrittstermin für seinen Altersvorsorgevertrag in einer separaten Mitteilung. Als „erster Höchststand“ wird der Gegenwart des Altersvorsorgevermögens des Anlegers zum Zeitpunkt der Annahme des Antrages durch die DWS festgeschrieben. Bis zum Erreichen des Referenzrenteneintrittstermins wird dann an bestimmten Stichtagen ermittelt, ob das Altersvorsorgevermögen des Anlegers einen höheren Stand als zum Zeitpunkt der Annahme des Antrages durch die DWS erreicht hat. Stichtag ist der jeweils fünfte Kalendertag eines jeden Monats, an dem Geschäftsbanken in Luxemburg und in Frankfurt am Main geöffnet sind. Sollte der Stichtag kein Tag sein, an dem Geschäftsbanken in Luxemburg und Frankfurt am Main geöffnet sind, wird der nächstfolgende Tag herangezogen, an dem Geschäftsbanken in Luxemburg und Frankfurt am Main geöffnet sind. Als erster Stichtag wird dabei der auf die Annahme durch die DWS folgende fünfte Kalendertag eines Monats berücksichtigt.

Sofern an einem Stichtag ein Stand ermittelt wird, der über dem Niveau des bisher festgeschriebenen Höchststandes liegt, wird dieser als der neue Höchststand festgeschrieben. Der so bis zum Referenzrenteneintrittstermin niemals erreichte Höchststand steht dem Anleger ab Beginn der Auszahlungsphase als Altersvorsorgevermögen zur Verfügung. Sollte der Wert des Altersvorsorgevermögens an den Stichtagen den „ersten Höchststand“ nicht überschreiten, wird der „erste Höchststand“ bei Beginn der Auszahlungsphase zu Grunde

gelegt. Die „Informationen über den Vertragsverlauf“ und die Informationen im „Online-Konto“ des Anlegers gemäß den Nr. 16 und 17 dieser Bedingungen geben Aufschluss über die vorgenannten Parameter, insbesondere den aktuellen Portfoliowert sowie den aktuellen Höchststand zum bekanntgegebenen Referenzrenteneintrittstermin.

Der Anleger erhält nur dann die volle Höchststandssicherung, wenn die Auszahlungsphase gemäß dem zuvor vereinbarten Referenzrenteneintrittstermin beginnt. Liegt der Beginn der Auszahlungsphase – gleich aus welchem Grunde – vor dem für die Höchststandssicherung bekanntgegebenen Referenzrenteneintrittstermin, so entfällt die volle Höchststandssicherung. Für die Auszahlungsphase wird dann der jeweils aktuelle Portfoliowert zum tatsächlichen Renteneintritt zu Grunde gelegt, zumindest jedoch der Barwert des zuletzt festgeschriebenen Höchststandes bezogen auf den Zeitpunkt des tatsächlichen Beginns der Auszahlungsphase.

Unabhängig von der Möglichkeit der Höchststandssicherung und dem für den Anleger jeweils festgeschriebenen Höchststand besteht in jedem Fall die Beitragszusage der DWS nach Nr. 10 dieser Bedingungen.

Auszahlungsphase

9. Beginn der Auszahlungsphase

Leistungen aus diesem Altersvorsorgevertrag (Auszahlungsphase) werden von der DWS im Rahmen eines Auszahlungsplans spätestens ab dem 1. Januar des auf den in § 35 Nr. 1 Sozialgesetzbuch VI bezeichneten Zeitpunkt folgenden Jahres – derzeit nach Vollendung des 67. Lebensjahres – (maßgeblich ist die zur Zeit des Vertragsschlusses geltende Rechtslage), nicht aber vor Vollendung des 60. Lebensjahres des Anlegers zum vertraglich vereinbarten Beginn der Auszahlungsphase erbracht. Als vertraglich vereinbarter Beginn der Auszahlungsphase gilt der 1. des Folgemonats nach Vollendung des im Antrag angegebenen Lebensjahres. Der Beginn der Auszahlungsphase kann unter Berücksichtigung von Nr. 10 verlegt werden.

10. Beitragszusage

Die DWS sagt zu, dass dem Anleger zum vertraglich vereinbarten Beginn der Auszahlungsphase mindestens der Betrag der von ihm eingezahlten Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) zur Verfügung steht. Der Beginn der vertraglich vereinbarten Auszahlungsphase kann ab der Vollendung des 60. Lebensjahres des Anlegers auch vor den ursprünglich vereinbarten Termin vorverlegt werden, sofern zu diesem Zeitpunkt die eingezahlten Altersvorsorgebeiträge (einschließlich Zulagen) bereits zur Verfügung stehen.

11. Ausgestaltung der Auszahlungsphase

11.1 Die Auszahlung des Altersvorsorgevermögens erfolgt in der Auszahlungsphase (Nr. 9) in Form von monatlichen zugesagten gleich bleibenden oder steigenden Ratenzahlungen im Rahmen eines Auszahlungsplans mit einer unmittelbar anschließenden lebenslangen Teilkapitalverrentung ab dem 85. Lebensjahr. Die gesonderte Auszahlung der in der Auszahlungsphase anfallenden Zinsen und Erträge als variable Teilraten ist zulässig, soweit die DWS diese nicht zur Erfüllung ihrer sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen benötigt.

11.2 Bei Abschluss eines Auszahlungsplans wird ein Teil des zu Beginn der Auszahlungsphase zur Verfügung stehenden Kapitals zu Beginn der Auszahlungsphase in eine Rentenversicherung eingebracht, die dem Anleger ab Vollendung des 85. Lebensjahres eine gleich bleibende oder steigende lebenslange Leibrente gewährt, deren erste monatliche Rate mindestens so hoch ist wie die letzte monatliche Auszahlung aus dem Auszahlungsplan unter Außerachtlassung variabler Teilraten.

11.3 Die Berechnung der Altersversorgung erfolgt auch bezüglich der Rentenleistungen unabhängig vom Geschlecht des Anlegers.

11.4 Der Anleger kann verlangen, dass die DWS zu Beginn der Auszahlungsphase bis zu 30% des in diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Kapitals außerhalb der monatlichen Leistungen an ihn auszahlt.

11.5 Die DWS ist berechtigt, bis zu zwölf Monatsleistungen in einer Auszahlung zusammenzufassen oder eine Kleinbetragsrente durch eine Einmalauszahlung zu Beginn der Auszahlungsphase abzuführen. Eine Kleinbetragsrente ist eine Rente, die bei gleichmäßiger Verrentung des gesamten zu Beginn der Auszahlungsphase zur Verfügung stehenden Kapitals eine monatliche Rente ergibt, die 1% der monatlichen Bezugsgröße nach § 18 Sozialgesetzbuch IV (derzeit 24,85 EUR, Stand 2008) nicht übersteigt. Bei der Berechnung dieses Betrages werden alle bei der DWS bestehenden Verträge des Anlegers insgesamt berücksichtigt, auf die geförderte Altersvorsorgebeiträge geleistet wurden.

Sonstige Bestimmungen

12. Altersvorsorge-Eigenheimbeitrag

Der Anleger ist während der Ansparphase gem. Nr. 5 berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber der DWS mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres die teilweise oder vollständige Auszahlung des gebildeten Kapitals für eine Verwendung zu eigenen Wohnzwecken im Sinne des § 92a und § 92b des Einkommensteuergesetzes zu verlangen. Im Fall einer Entnahme von gebildetem Kapital zu eigenen Wohnzwecken verringert sich anteilmäßig die Höhe des Betrages, den die DWS dem Anleger nach Nr. 10 zusagt. Die Höchststandssicherung nach Nr. 8 entfällt ohne weiteres. Der von der DWS zugesagte Betrag (Nr. 10) verringert sich im gleichen Verhältnis wie sich das gebildete Kapital durch den entnommenen Betrag verringert und berechnet sich gemäß folgender Formel:

$$\text{Summe Zusage vor Entnahme} \cdot \frac{\text{Summe Zusage vor Entnahme} \times \text{entnommener Betrag}}{\text{gebildetes Kapital}} = \text{Summe Zusage nach Entnahme}$$

13. Abtretungs- und Übertragungsverbot

Die Abtretung oder Übertragung von Forderungen oder Eigentumsrechten aus diesem Altersvorsorgevertrag an Dritte ist ausgeschlossen.

14. Schädliche Verwendung / Kündigung / Teilkündigung

Kündigt der Anleger den Altersvorsorgevertrag, ohne das Altersvorsorgevermögen auf einen anderen zertifizierten Altersvorsorgevertrag zu übertragen oder verfügt er über seine Anteile ganz oder teilweise durch schriftlichen Auftrag, ohne dass eine Auszahlung nach Nr. 11 oder die Voraussetzungen der Nr. 12 dieser Bedingungen vorliegen (schädliche Verwendung), zeigt die DWS dies der zentralen Zulagenstelle an. Erst nach Mitteilung der Höhe des Rückzahlungsbetrages der steuerlichen Förderung durch die zentrale Zulagenstelle wird die DWS die Verfügung des Anlegers nach Satz 1 ausführen und den Verkaufserlös abzüglich des Rückzahlungsbetrages an den Anleger auszahlen. Den Rückzahlungsbetrag wird die DWS an die zentrale Zulagenstelle abführen. Der Verkauf der Anteile erfolgt zum Rücknahmepreis des Bewertungstages, der dem Eingang der Mitteilung der zentralen Zulagenstelle bei der DWS folgt. Eine Teilkündigung des Altersvorsorgevertrages ist nur zulässig, sofern der Abschluss des Vertrages zum Zeitpunkt der Teilkündigung bereits mindestens 5 Jahre zurückliegt und es sich bei dem gekündigten Guthaben ausschließlich um Guthaben aus nicht geförderten Beiträgen handelt. Verfügt werden können nur vom Anleger eingezahlte Beträge, die pro Beitragsjahr über der Beitragsgrenze von 1.946,00 EUR liegen. Es kann jedoch kein ungefordertes Kapital aus dem aktuellen und den letzten beiden Beitragsjahren für eine Teilkündigung verwendet werden. Im Falle der Teilkündigung während der Ansparphase reduziert sich die Beitragszusage der DWS nach Nr. 10 um die Summe der auf den Rückzahlungsbetrag entfallenden Beiträge. Eine Teilkündigung ist nicht möglich, sofern die Höchststandssicherung (gem. Ziffer 8) aktiviert wurde. Der Mindestbetrag einer Teilkündigung ungeförderter Beiträge muss mindestens 2.000 EUR betragen. Eine Entnahme ist nur zulässig, sofern das im Vertrag verbleibende Restguthaben 2.000 EUR nicht unterschreitet. Zu Beginn der Auszahlungsphase kann das gesamte vorhandene und aus nicht geförderten Beiträgen bestehende Guthaben ganz oder teilweise entnommen oder verrentet (gem. Ziffer 11) werden. Für eine Teilkündigung ungeförderter Beiträge werden keine zusätzlichen

Kosten erhoben. Der Anleger kann eine Teilkündigung ungeförderter Beiträge schriftlich 1 x pro Jahr in Anspruch nehmen.

Die DWS RiesterRente Premium ist als langfristige Anlageform ausgerichtet. Durch die insbesondere gemäß Nr. 15.1 dieser Bedingungen innerhalb der ersten fünf Laufzeitjahre in Ansatz gebrachten Abschluss- und Vertriebskosten, die sich u. a. nach der Höhe der bei Vertragsbeginn vereinbarten „regelmäßigen Beiträge“ berechnen, ist eine Reduzierung der vereinbarten Beiträge nach den ersten fünf Laufzeitjahren des Altersvorsorgevertrages sowie eine Kündigung oder Teilkündigung zu Beginn der Laufzeit für den Anleger mit erhöhten Kosten verbunden, weil vom Anleger bereits getilgte Abschluss- und Vertriebskosten nicht zurückerstattet werden.

15. Kosten und Gebühren

Sämtliche in Ansatz gebrachte Abschluss- und Vertriebskosten für einen Altersvorsorgevertrag werden über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren in gleichmäßigen Jahresbeiträgen verteilt. Dies gilt nicht, soweit diese Kosten als Prozentsatz von den Altersvorsorgebeiträgen abgezogen werden (z. B. bei ungeplanten Zuzahlungen oder bei staatlichen Zulagen). Für den Abschluss einer Rentenversicherung (Nr. 11) können weitere Kosten entstehen (zum Beispiel Verwaltungskosten des Versicherers). DWS Investments verzichtet auf mögliche Provisionen für den Abschluss der Rentenversicherung.

Die Abschluss- und Vertriebskosten sind die Kosten, die dem Anleger bei Abschluss der DWS RiesterRente Premium für „regelmäßige Beiträge“ (15.1) und bei Wahl einer Dynamisierung (15.2) oder während der Vertragslaufzeit für „zusätzliche Beiträge“ (15.3) entstehen. Die Abschluss- und Vertriebskosten enthalten insbesondere die Kosten für Vertriebsprovisionen und Finanzierung sowie die Kosten für Datenerfassung, Druckstücke und Portokosten. Der Anleger zahlt die Abschluss- und Vertriebskosten, indem die DWS von seinen Altersvorsorgebeiträgen (einschließlich Zulagen) zu den in Nr. 15.1 bis 15.3 beschriebenen Zeitpunkten anteilig einen Betrag einbehält und nicht in Fondsanteile anlegt. Die DWS legt den verbleibenden Betrag während der gesamten Vertragsdauer zum Anteilwert, d. h. ohne Ausgabeaufschlag, und gemäß dem im Antrag beschriebenen finanzmathematischen Modell in Fondsanteilen bzw. Anteilbruchstücken an. Überträgt der Anleger das Kapital aus einem anderen Altersvorsorgevertrag auf den Altersvorsorgevertrag DWS RiesterRente Premium werden keine Abschluss- und Vertriebskosten erhoben. Die DWS gibt die Abschluss- und Vertriebskosten teilweise oder vollständig an den Vermittler oder die Vertriebsstelle weiter.

15.1 Bei Abschluss der DWS RiesterRente Premium entstehen dem Anleger Abschluss- und Vertriebskosten in Höhe von 5,5 % der Summe aller bei Vertragsbeginn vereinbarten „regelmäßigen Beiträge“ bis zum bei Vertragsabschluss vertraglich vereinbarten Beginn der Auszahlungsphase (geplante Beitragssumme). Es werden aber maximal 45 Beitragsjahre für die Kalkulation der geplanten Beitragssumme berücksichtigt. „Regelmäßige Beiträge“ sind Altersvorsorgebeiträge nach Nr. 3 Satz 6 dieser Bedingungen. Staatliche Zulagen, die bei Wahl einer Dynamisierung (15.2) den „regelmäßigen Beitrag“ übersteigenden Beiträge sowie „zusätzliche Beiträge“ (15.3) zählen nicht zu den „regelmäßigen Beiträgen“. Ein Berechnungsbeispiel zur Ermittlung der Abschluss- und Vertriebskosten auf Basis einer monatlichen Sparrate i. H. v. 100,- EUR ergibt sich aus dem jeweils aktuellen Antrag der DWS RiesterRente Premium. Eine Berechnung für abweichende Sparraten gleicher Laufzeit ergibt sich durch entsprechende Multiplikation / Division. Der Anleger zahlt die Abschluss- und Vertriebskosten in Höhe von 5,5 %, indem die DWS während der ersten fünf Laufzeitjahre der DWS RiesterRente Premium von seinen „regelmäßigen Beiträgen“ anteilig einen gleichmäßigen Betrag einbehält und nicht in Fondsanteile anlegt. Nach Ablauf der ersten fünf Laufzeitjahre werden die „regelmäßigen Beiträge“ des Anlegers vollständig dem Depot zugeführt und es werden keine weiteren Abschluss- und Vertriebskosten für die „regelmäßigen Beiträge“ berechnet. Die bei Vertragsbeginn vereinbarten „regelmäßigen Beiträge“ können von dem Anleger reduziert oder erhöht werden. Reduziert der Anleger die vereinbarten „regelmäßigen Beiträge“ innerhalb der ersten fünf Laufzeitjahre der DWS RiesterRente Premium, reduzieren sich ab diesem Zeitpunkt die von ihm künftig zu zahlenden Abschluss- und Vertriebskosten im gleichen Verhältnis, wie sich sein „regelmäßiger Beitrag“ reduziert. Eine Erhöhung der „regelmäßigen Beiträge“ über die jeweils staatlich geförderte Höchstgrenze hinaus ist nur bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres zulässig, vgl. Nr. 3 dieser Bedingungen. Erhöht der Anleger die bei Vertragsbeginn vereinbarten „regelmäßigen Beiträge“ während der Laufzeit des Vertrages, handelt es sich um „zusätzliche Beiträge“ nach Nr. 15.3 dieser Bedingungen. Lässt der Anleger den Vertrag während der ersten fünf Laufzeitjahre ruhen, zahlt er mit Wiederaufnahme der Zahlung der „regelmäßigen Beiträge“ innerhalb der ersten fünf Laufzeitjahre Abschluss- und Vertriebskosten in gleicher Höhe wie vor dem Ruhenlassen (sofern er seine Beiträge nicht erhöht oder reduziert).

Hinweise auf die Höhe der Entgelte und Kosten

Bei der derzeit aktuellen Fondspalette* fallen pro Vertrag folgende Kosten an:

1. Kosten der Fonds
(Es werden keine Ausgabeaufschläge erhoben. Stattdessen werden Abschluss- und Vertriebskosten wie unter Nr. 15 der Besonderen Bedingungen für die DWS RiesterRente Premium beschrieben, erhoben.)

Kostenpauschalen der Fonds:

Fondspalette:	Aktuell werden folgende Kosten-Pauschalen dem jeweiligen Fonds p. a. entnommen:
DWS Vorsorge Dachfonds	1,50 %
DWS Vorsorge Rentenfonds 3 Y	0,70 %
DWS Vorsorge Rentenfonds 5 Y	0,75 %
DWS Vorsorge Rentenfonds 7 Y	0,75 %
DWS Vorsorge Rentenfonds 10 Y	0,75 %
DWS Vorsorge Rentenfonds 15 Y	0,75 %

Weitere Einzelheiten zu den Kosten der Fonds ergeben sich aus dem jeweils aktuellen Verkaufsprospekt. Die Anleihefonds der Kapitalerhaltungskomponente innerhalb der obenstehenden Fondspalette werden von der DWS um weitere Fonds erweitert oder um existierende Fonds bereinigt, sofern dies das finanzmathematische Modell als Kernbestandteil des Produktkonzeptes als erforderlich signalisiert. So ist zur Umsetzung des mit dem Anleger vereinbarten Modells noch die Auflegung eines zusätzlichen Fonds mit Anleihen mit einer Restlaufzeit von 1 Jahr nach dem Vorbild der bereits vorhandenen DWS Vorsorge Rentenfonds 3-15 Y und ein geldmarktnaher Fonds erforderlich. Das System gibt dabei vor, zu welchem Zeitpunkt die Fonds zur Sicherstellung des Kapitalerhaltes und zur Aufrechterhaltung der Funktionsweise des mit dem Anleger vereinbarten DWS RiesterRente Premium Modells benötigt werden. Sofern das System vorgibt, dass einer der Fonds aus der dem Anleger bekannten Fondspalette nicht mehr zur Umsetzung des Modells benötigt wird, wird die DWS die Fondspalette um diesen Fonds bereinigen. Die DWS kann nicht

15.2 Der Anleger kann bei Vertragsbeginn eine Dynamisierung seiner „regelmäßigen Beiträge“ um 5 % wählen. Die Dynamisierung erfolgt immer zum 1. Januar, erstmals in dem auf den Vertragsbeginn folgenden Jahr. In dem auf den Vertragsbeginn folgenden Jahr werden die bei Vertragsbeginn vereinbarten „regelmäßigen Beiträge“ um 5 % erhöht („erhöhte regelmäßige Beiträge“). In den folgenden Jahren erfolgt die Dynamisierung auf Basis des jeweils zuletzt „erhöhten regelmäßigen Beitrags“. Die DWS berechnet auf die Differenz zwischen dem bei Vertragsschluss vereinbarten „regelmäßigen Beitrag“ und dem durch die Dynamisierung erhöhten Beitrag jeweils, d. h. bei jeder Zahlung, einen Betrag von 5 % als Abschluss- und Vertriebskosten, der nicht in Fondsanteile angelegt wird. Der Anleger kann einer bei Vertragsbeginn gewählten Dynamisierung jederzeit schriftlich widersprechen.

15.3 Zusätzlich zu den in Nr. 15.1 und 15.2 aufgezählten Abschluss- und Vertriebskosten entstehen dem Anleger Kosten für „zusätzliche Beiträge“ gemäß Nr. 3. Auf jeden „zusätzlichen Beitrag“ erhebt die DWS jeweils einen Betrag in Höhe von 5 % als Abschluss- und Vertriebskosten, der nicht in Fondsanteile angelegt wird.

Kapitalverwaltungskosten

Zur Abgeltung der Kosten für die Verwaltung des gebildeten Kapitals werden Entgelte erhoben, deren Höhe sich aus dem Verkaufsprospekt der Fonds in der jeweils geltenden Fassung ergibt und die dem jeweiligen Sondervermögen unmittelbar belastet werden.

Sonstige Kosten

Für die Führung der Investmentkonten werden von der DWS Entgelte erhoben, deren Höhe und Zahlweise sich aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für DWS Depots in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem aktuellen Preisverzeichnis ergibt. Darüber hinaus kann die DWS Gebühren für den Wechsel des Anlegers in ein anderes begünstigtes Anlageprodukt oder zu einem anderen Anbieter unter Mitnahme des gebildeten Kapitals sowie im Falle einer schädlichen Verwendung verlangen.

16. Information über den Vertragsverlauf

Die DWS wird dem Anleger einmal im Jahr schriftlich über die Verwendung der eingezahlten Altersvorsorgebeiträge, das bisher gebildete Kapital, die einbehaltenen anteiligen Abschluss- und Vertriebskosten, die Kosten für die Verwaltung des gebildeten Kapitals, die erwirtschafteten Erträge, die im Fall einer Umwandlung eines bestehenden Vertrages in einen Altersvorsorgevertrag bis zum Zeitpunkt der Umwandlung angesammelten Beiträge und Erträge sowie darüber informieren, ob und wie die DWS ethische, soziale und ökologische Belange bei der Verwendung der eingezahlten Altersvorsorgebeiträge berücksichtigt.

17. Online-Konto

Die DWS richtet dem Anleger für die DWS RiesterRente Premium ein Online-Konto ein und stellt dem Anleger in dem elektronischen Postkorb seines Online-Kontos sämtliche Informationen zu getätigten Umschichtungen/Umstausungen (einschließlich Einzahlungen) oder zu Bestandsveränderungen auf seinen Investmentkonten (die „Abrechnungsinformationen“) zur Verfügung. Der Anleger kann diese Informationen unter der Adresse www.dws.de jederzeit durch die Eingabe einer PIN/TAN Kombination abrufen, die ihm von der DWS nach Eröffnung des DWS RiesterRente Premium-Portfolios zugesandt wird. Der Anleger hat die Möglichkeit, diesen Versandweg jederzeit zu ändern und sich die Abrechnungsinformationen auf dem Postweg zusenden zu lassen. Für dadurch evtl. entstehende Kosten der postalischen Zustellung wird die DWS gesonderte Gebühren gemäß Nr. 5 der „Hinweise auf die Höhe der Entgelte und Kosten“ erheben. Auch für die DWS ist der Online-Konto Service jederzeit widerruflich. Die DWS ist berechtigt, dem Anleger sämtliche seit Erstellung der zuletzt zugesandten Abrechnung angefallenen Abrechnungsinformationen ohne zusätzliche Kosten per Post oder in sonstiger Weise zukommen zu lassen, wenn der Anleger die im elektronischen Postkorb seines Online-Kontos über einen Zeitraum von sechs Monaten bereitgestellten Bestandsinformationen nicht abgerufen hat. Für den Anleger gelten bei der Nutzung des Online-Kontos die Mitwirkungspflichten nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für DWS Depots. Er hat die in dem Online-Konto eingestellten Abrechnungsinformationen auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich (spätestens nach Erhalt der papierhaften Kontoauszüge, Abrechnungen, Aufstellungen und sonstige Anzeigen) zu erheben.

18. Allgemeine Geschäftsbedingungen für DWS Depots

In Ergänzung der Besonderen Bedingungen für die DWS RiesterRente Premium gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für DWS Depots in der jeweils gültigen Fassung, soweit sie den Besonderen Bedingungen für Altersvorsorgeverträge und den Vorschriften des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes in der zum Zeitpunkt des Abschlusses des Altersvorsorgevertrages maßgeblichen Fassung nicht widersprechen.

Stand: Juni 2008

nach ihrem eigenen Ermessen die Fondspalette zu einem anderen als diesem vereinbarten Zweck anpassen, ohne zuvor die Zustimmung des Anlegers einzuholen. Bei Umschichtungen innerhalb des Portfolios werden keine fondsbezogenen Kosten durch die DWS berechnet.

2. Die Entgelte je DWS RiesterRente Premium-Portfolio liegen derzeit bei 15,40 EUR p. a..
3. Das Entgelt bei einer schädlichen Verwendung beträgt 0,5 % des Depotgegenwertes, aber mindestens 51,30 EUR.
4. Für eine Teilkündigung ungeförderter Beiträge im Rahmen der unter Nr. 14 beschriebenen Grenzen fallen keine Kosten an.
5. Im Fall eines Anbieterwechsels des Anlegers fällt eine Gebühr in Höhe von zur Zeit 51,30 EUR an.
6. Für den Fall der postalischen Zusendung von Kontoinformationen, die über den kostenfreien halbjährlichen Versand hinausgehen, können die hieraus entstehenden Zusatzkosten gesondert in Rechnung gestellt werden. In diesem Fall werden pro Brief 0,90 EUR (bis zu 40,- EUR p. a.) gesondert per Lastschrift von dem Konto des Anlegers abgebucht. Die Belastung erfolgt einmal jährlich im Dezember.

Die Entgelte verstehen sich jeweils inklusive Mehrwertsteuer. Eine Erhöhung der Entgelte für die Führung der Investmentkonten je DWS RiesterRente Premium-Portfolio sowie der schädlichen Verwendung und Anbieterwechsel kann durch die DWS ohne Zustimmung des Anlegers wirksam erfolgen. Bedingt durch die lange Laufzeit des Vertrages kann eine Anhebung der Kosten erforderlich werden, z. B. wegen eines erhöhten Verwaltungsaufwandes aufgrund einer Gesetzesänderung oder einer Veränderung des Mehrwertsteuersatzes.

Stand: Juni 2008

* Sie erhalten weitere Angaben im Internet unter www.dws.de

Berechnungsbeispiel für die Ermittlung der Höhe der Abschlusskosten

Das Beispiel bezieht sich auf einen 40-jährigen Anleger mit einer Ansparzeit von 20 Jahren (bis zum 60. Geburtstag). Der Anleger leistet einen Eigenbeitrag von 100,- EUR pro Monat.

$$\text{Jahresbeitrag} \times \text{Laufzeit in Jahren} \times \text{Abschlusskostensatz} = 1.200,- \text{ EUR} \times 20 \text{ Jahre} \times 5,5\% = 24.000,- \text{ EUR} \times 5,5\% = \mathbf{1.320,- \text{ EUR}}$$

Bei monatlicher Beitragszahlung verteilen sich diese Abschlusskosten gleichmäßig über die ersten 60 Monatsbeiträge. Von den vom Anleger zu erbringenden Beiträgen werden daher 22,- EUR pro Monat zur Rückführung der gesamten Abschlusskosten verwendet und nicht in Fondsanteile angelegt. Ab der 61. Rate erfolgt die Anlage der regelmäßigen Beiträge vollständig und ohne weitere Kosten zum Anteilwert, **also ohne Ausgabeaufschläge.**

Allgemeine Geschäftsbedingungen für DWS Depots

1. DWS Depot und Investmentkonten

Die DWS Investment GmbH, Frankfurt, oder die DWS Investment S.A., Luxembourg, (nachstehend „depotführende Stelle“ genannt) eröffnet für den Anleger (Privatkunde i. S. d. Wertpapierhandelsgesetzes bzw. des Luxemburger Gesetzes über den Finanzsektor vom 5. April 1993), soweit nichts anderes vereinbart auf Antrag ein DWS Depot und innerhalb dieses DWS Depots ein oder mehrere Investmentkonten für die Anlage von Einzahlungen in Anteilen des bzw. der gewünschten Fonds. Bei dem DWS Depot handelt es sich um ein Wertpapierdepot; die fonds-spezifischen Investmentkonten stellen Unterdepots dar. Zusätzlich kann die depotführende Stelle, ohne dass es hierfür eines Antrages des Anlegers bedarf, innerhalb des DWS Depots Investmentkonten für Geldmarktfonds eröffnen, die auf die Fondswährung der jeweiligen auf Antrag des Anlegers eröffneten Investmentkonten lauten. Sollten in einer Fondswährung aus Sicht der depotführenden Stelle keine geeigneten Geldmarktfonds verfügbar sein, so kann stattdessen auch ein Investmentkonto für einen geldmarktnahen Fonds eröffnet werden. Die aktuell von der depotführenden Stelle für die jeweiligen Fondswährungen vorgesehenen Geldmarktfonds (bzw. geldmarktnahen Fonds) sowie Einzelheiten zu deren Eröffnung sind im Preisverzeichnis/Konditionentableau genannt. Diese Angaben können ohne Mitwirkung und ohne Information des Anlegers durch die depotführende Stelle geändert werden. Erteilt der Anleger der depotführenden Stelle einen Auftrag, so sind die zu diesem Zeitpunkt im Preisverzeichnis/Konditionentableau enthaltenen Angaben maßgebend. Dem Anleger wird auf Wunsch von der depotführenden Stelle jederzeit ein aktuelles Preisverzeichnis/Konditionentableau zur Verfügung gestellt. Der Anleger hat der depotführenden Stelle gegenüber zu Beginn der Geschäftsbeziehung genaue Angaben über seine Identität nach den Vorgaben des Eröffnungsantrages zu machen. Die depotführende Stelle kann zu Beginn der Geschäftsbeziehung sowie im weiteren Verlauf zusätzliche Angaben und Unterlagen zur Identitätsfeststellung oder zu sonstigen Zwecken verlangen, sofern dies im Hinblick auf die Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten oder im Rahmen der Geschäftsbeziehung erforderlich ist.

2. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

Die Ausgabe und Rücknahme der Anteile durch die hierfür zuständige Stelle erfolgt nach den für den jeweiligen Fonds von der Verwaltungs-/Investmentgesellschaft getroffenen und im Verkaufsprospekt veröffentlichten Bedingungen. Sofern keine gegenteilige Weisung des Anlegers vorliegt, können eingehende Zahlungen gegebenenfalls bis zum nächsten Ausgabebetag von der depotführenden Stelle gehalten werden.

3. Aufträge

a) Execution Only/Ausführungsgeschäft

Die depotführende Stelle führt Aufträge nach den Grundsätzen von „Execution Only“, d. h. beratungsfrei, aus. Demnach erteilt die depotführende Stelle bei der Ausführung von Aufträgen weder Empfehlungen für den Kauf noch für den Verkauf von Anteilen und bietet auch keine Anlageberatung an sondern leitet Aufträge lediglich an die entsprechende Abwicklungsstelle weiter. Die depotführende Stelle geht davon aus, dass der Anleger – soweit erforderlich – eine Beratung und Aufklärung vor Erteilung der Aufträge erhalten hat. Eine Angemessenheitsprüfung findet im Rahmen des Execution Only nicht statt.

b) Beschränkung auf von der depotführenden Stelle angebotene Fondsanteile

Die depotführende Stelle nimmt Aufträge zum Kauf oder Verkauf von Fondsanteilen nur entgegen, sofern die Fondsanteile von der depotführenden Stelle angeboten werden. Eine Übersicht der von der depotführenden Stelle vertriebenen Investmentfonds ist bei der depotführenden Stelle erhältlich. Die depotführende Stelle kann die Annahme von Aufträgen sowie die Ausführung von Aufträgen davon abhängig machen, dass der Depotinhaber bestimmte Erklärungen abgibt und diese ggf. auch auf Verlangen der depotführenden Stelle einmalig oder regelmäßig wiederholt.

c) Form von Aufträgen

Aufträge jeder Art sind schriftlich zu erteilen, soweit nicht mit der depotführenden Stelle vorher eine andere Vereinbarung getroffen worden ist.

d) Ausführungsgeschäft/Beauftragung eines Dritten zur Ausführung eines Kaufs oder Verkaufs

Bei Kauf- und Verkaufsaufträgen des Anlegers schließt die depotführende Stelle für Rechnung des Anlegers mit der jeweiligen Abwicklungsstelle ein Kauf- oder Verkaufsgeschäft (Ausführungsgeschäft) ab oder sie beauftragt eine dritte Person, ein Ausführungsgeschäft abzuschließen. Soweit Einzahlungsbeträge des Anlegers zum Erwerb eines vollen Anteils nicht ausreichen, schreibt die depotführende Stelle den entsprechenden Anteilbruchteil in vier Dezimalstellen nach dem Komma gut.

e) Preis des Ausführungsgeschäftes

Die depotführende Stelle rechnet gegenüber dem Kunden den Preis des Ausführungsgeschäftes ab. Die Details zur Berechnung ergeben sich aus dem Verkaufsprospekt und den sonstigen Unterlagen des jeweiligen Fonds.

f) Bearbeitung/Wertermittlungstag

Eingehende Verkaufs- oder Kaufaufträge werden von der depotführenden Stelle unverzüglich, spätestens an dem auf den Eingang bei der depotführenden Stelle folgenden Bankarbeitstag (am Ort der Depotführung) bearbeitet. Unter Bearbeitung ist die Weitergabe des Auftrags an die jeweilige Investmentgesellschaft, deren Depotbank, einen Clearer oder einen Dritten, der mit der weiteren Ausführung beauftragt wird, zur Ausführung zu verstehen. Der Ausführungszeitpunkt sowie der dem Ausführungsgeschäft zugrunde liegende Ausführungspreis liegen nicht im Einflussbereich der depotführenden Stelle. Die Einzelheiten dazu ergeben sich aus dem Verkaufsprospekt und den sonstigen Unterlagen des jeweiligen Fonds. Wird der Auftrag nicht ausgeführt, so wird die depotführende Stelle den Anleger darüber unverzüglich informieren.

g) Kaufaufträge mittels Überweisungen

Überweisungen müssen die Angabe einer von der depotführenden Stelle mitgeteilten DWS Depotnummer oder Investmentkontonummer enthalten und werden als Kaufaufträge für die entsprechenden Fondsanteile behandelt. Sofern die Gutschriftsanzeige der Bank eindeutig zugeordnet werden kann, wird die depotführende Stelle Aufträge zum Erwerb von Fondsanteilen unverzüglich, spätestens am nächstfolgenden Bankarbeitstag, an die jeweilige Abwicklungsstelle weiterleiten. Soweit Einzahlungsbeträge des Anlegers den Ausgabepreis eines Anteils über- oder unterschreiten, schreibt ihm die depotführende Stelle einen entsprechenden Bruchteil in vier Dezimalstellen nach dem Komma gut. Wird eine Einzahlung vor Bestätigung der jeweiligen

Depoteröffnung geleistet, so wird der Ausgabepreis des nächstmöglichen Ausgabebetages nach Depoteröffnung zugrunde gelegt.

h) Verkaufsaufträge

Aufträge zum Verkauf von Fondsanteilen müssen die Investmentkontonummer enthalten. Sollen alle verwahrten Anteile eines DWS Depots verkauft werden, so genügt die Angabe der DWS Depotnummer. Verkaufsaufträge, die auf einen bestimmten Betrag lauten, werden von der depotführenden Stelle in Aufträge zum Verkauf von Anteilen umgewandelt.

i) Währung von Ein- und Auszahlungen/Umtausch von Währungen

Zahlungen des Anlegers an die depotführende Stelle und Zahlungen der depotführenden Stelle an den Anleger haben stets in EURO zu erfolgen. Zahlungen, die in einer anderen Währung als EURO erfolgen, werden von der depotführenden Stelle zum jeweils aktuellen Umrechnungskurs in EURO umgerechnet. Beauftragt der Anleger die depotführende Stelle zum Erwerb von Fondsanteilen eines Investmentfonds, der in einer anderen Währung als EURO geführt wird, so ist die depotführende Stelle berechtigt, den hierfür vom Anleger angeschafften EURO-Betrag zum jeweils aktuellen Umrechnungskurs in die jeweilige Währung umzurechnen. Sofern die Zahlung in Fondswährung geleistet wird, erfolgt keine Umrechnung.

j) Zuordnung zu einem Anlegertyp/Nichtausführung

Abhängig vom Vertriebsweg kann eine Zuordnung des Anlegers zu einem Anlegertyp erfolgen. Die depotführende Stelle behält sich vor, Aufträge nicht auszuführen, sofern die Anlageklasse (Risikoprofil) des zu erwerbenden Investmentfonds mit dem Anlegertyp nicht vereinbar ist. In diesem Falle wird die depotführende Stelle den Anleger unverzüglich informieren.

k) Aufträge zum Umtausch von Fondsanteilen

Soweit von der depotführenden Stelle zuvor im Preisverzeichnis/Konditionentableau ausdrücklich zugelassen, ist ein Umtausch von Anteilen möglich. Ansonsten wird ein Auftrag zum Umtausch als ein Verkaufsauftrag und nachfolgender Kaufauftrag behandelt. Als Folge dieser Aufteilung können keine besonderen Umtauschkonditionen gewährt werden.

l) Verfügungen

Der Anleger kann über seine Anteile und Anteilsbruchteile ganz oder teilweise verfügen. Eine Auslieferung oder Übertragung von Anteilen in ein Wertpapierdepot einer anderen depotführenden Stelle ist nur hinsichtlich ganzer Anteile möglich. Bei Anteilsbruchteilen besteht nur ein Anspruch auf Auszahlung des Gegenwertes.

4. Anteilsregister, Eigentum, Miteigentum, Girosammelverwahrung

Führt die für die Ausgabe von Anteilen zuständige Stelle ein Anteilsregister, wird die depotführende Stelle dort für den Anleger als Anteilsinhaber eingetragen. Im Falle der DWS Investment S. A. als depotführende Stelle werden dann in diesem Falle die Anteile treuhänderisch für die jeweiligen Anleger gehalten.

Sofern in dieses Anteilsregister zwingend nur der jeweils Letztbegünstigte eingetragen werden kann, wird die depotführende Stelle die Eintragung im Namen des Anlegers vornehmen lassen. Die erworbenen Anteile sind in diesem Falle Eigentum des Anlegers und werden auch nicht treuhänderisch gehalten.

Soweit für einen Fonds von der für die Ausgabe von Anteilen zuständigen Stelle keine Anteilsbruchteile ausgegeben werden, erwirbt der Anleger, sofern dieser selbst in das Anteilsregister des Fonds eingetragen wird, Miteigentum an einem etwa bestehenden Gemeinschaftsdepot aller Inhaber von Anteilsbruchteilen bei der depotführenden Stelle.

Die depotführende Stelle gibt Anteile, für die kein Anteilsregister besteht, für den Anleger in Girosammeldepotverwahrung. Das Gleiche gilt für Anteilscheine, die der depotführenden Stelle zugunsten eines bereits bei ihr bestehenden Investmentkontos eingereicht werden.

5. Anschaffung und Verwahrung von Fondsanteilen im Ausland

Die depotführende Stelle schafft Fondsanteile im Ausland an, wenn sie direkt oder über einen Dritten Kaufaufträge in Fondsanteilen im Ausland oder Kaufaufträge in ausländischen Fondsanteilen ausführt. Die depotführende Stelle wird die im Ausland angeschafften Fondsanteile im Ausland verwahren lassen. Hiermit wird sie einen anderen ausländischen Verwahrer beauftragen. Die Verwahrung unterliegt den Rechtsvorschriften und Usancen des Verwahrungsortes und den für den oder die ausländischen Verwahrer geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Die depotführende Stelle wird sich nach pflichtgemäßem Ermessen unter Wahrung der Interessen des Anlegers das Eigentum oder Miteigentum an den Fondsanteilen oder eine andere im Lagerland übliche, vergleichbare Rechtsstellung verschaffen und diese Rechtsstellung treuhänderisch für den Anleger halten. Hierüber erteilt sie dem Anleger Gutschrift in Wertpapierrechnung (WR-Gutschrift) unter Angabe des ausländischen Staates, in dem sich die Wertpapiere befinden (Lagerland). Die depotführende Stelle braucht die Auslieferungsansprüche des Anlegers aus der ihm erteilten WR-Gutschrift nur aus dem von ihr im Ausland unterhaltenen Deckungsbestand zu erfüllen. Der Deckungsbestand besteht aus den im Lagerland für den Anleger und für die depotführende Stelle verwahrten Fondsanteilen derselben Gattung. Der Anleger trägt in diesen Fällen daher anteilig alle wirtschaftlichen und rechtlichen Nachteile und Schäden, die den Deckungsbestand als Folge von höherer Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignissen oder durch sonstige von der depotführenden Stelle nicht zu vertretenden Zugriffen Dritter im Ausland oder im Zusammenhang mit Verfügungen von hoher Hand des In- und Auslandes treffen sollten. Hat der Anleger nach dem vorhergehenden Absatz Nachteile und Schäden am Deckungsbestand zu tragen, so ist die depotführende Stelle nicht verpflichtet, dem Anleger den Kaufpreis zurückzuerstatten.

6. Ausschüttungen

Ausschüttungsbeträge werden von der depotführenden Stelle – ggf. unter Abzug von einzubehaltenden Steuern – ohne gesonderten Auftrag in Anteilen des betreffenden Fonds wiederangelegt („automatische Wiederanlage“). Die automatische Wiederanlage erfolgt unverzüglich nach Gutschrift der Ausschüttungsbeträge auf dem Konto der depotführenden Stelle. Die automatische Wiederanlage erfolgt ohne Ausgabeaufschlag zum jeweils gültigen Anteilwert am Ausführungstag. Sofern für bestimmte Fonds eine direkte Wiederanlage nicht von der depotführenden Stelle vorgesehen ist, werden die Ausschüttungen – ggf. unter Abzug von einzubehaltenden Steuern – in dem jeweils von der depotführenden Stelle für den Anleger ausgewählten Geldmarktfonds (bzw. geldmarktnahen Fonds) in Fondswährung angelegt. Einzelheiten werden im Preisverzeichnis/Konditionentableau geregelt. Die entsprechende Kauforder wird von der depotführenden Stelle

an die jeweilige Abwicklungsstelle unverzüglich, spätestens am nächstfolgenden Bankarbeitstag, weitergeleitet.

7. Abrechnungen

Die depotführende Stelle übermittelt dem Anleger spätestens am ersten Geschäftstag nach der Ausführung des Auftrags für jeden getätigten Umsatz eine Abrechnung. Soweit der Anleger Fondsanteile durch regelmäßige Einzahlungen erwirbt, wird die depotführende Stelle den jeweils aktuell geltenden rechtlichen Anforderungen zur Abrechnungserstellung in geeigneter Form nachkommen.* In jedem Fall erhält der Anleger nach Ablauf eines Jahres eine Aufstellung der im Kalenderjahr eingetretenen Veränderungen.

8. Gemeinschaftliches Wertpapierdepot

Im Fall eines gemeinschaftlichen DWS Depots oder Investmentkontos kann jeder Inhaber allein verfügen, es sei denn, dass einer der Wertpapierdepotinhaber oder alle gemeinsam der depotführenden Stelle schriftlich eine gegenteilige Weisung erteilt haben. Alle Anleger des gemeinschaftlichen Wertpapierdepots sind gegenüber der depotführenden Stelle gesamtschuldnerisch für alle Verbindlichkeiten aus dem gemeinschaftlichen Wertpapierdepot haftbar, unabhängig davon, ob solche Verbindlichkeiten gemeinsam oder einzeln von ihnen eingegangen wurden.

9. Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Anlegers

Nach dem Tod des Anlegers kann die depotführende Stelle zur Klärung der Verfügungsberechtigung die Vorlegung eines Erbscheins, eines Testamentsvollstreckerzeugnisses oder weiterer hierfür notwendiger Unterlagen verlangen; fremdsprachige Unterlagen sind auf Verlangen der depotführenden Stelle in deutscher Übersetzung vorzulegen. Die depotführende Stelle kann auf die Vorlage eines Erbscheins oder eines Testamentsvollstreckerzeugnisses verzichten, wenn ihr eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) nebst zugehöriger Eröffnungsniederschrift vorgelegt wird. Die depotführende Stelle darf denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung Zahlungen an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der depotführenden Stelle bekannt ist, dass der dort Genannte (zum Beispiel nach Anfechtung oder wegen Nichtigkeit des Testaments) nicht verfügungsberechtigt ist, oder wenn ihr dies infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

10. Entgelte und Auslagen

Für die Führung des DWS Depots und des Investmentkontos kann ein Entgelt berechnet werden. Die jeweilige Höhe ist im Preisverzeichnis/Konditionentableau der depotführenden Stelle enthalten. Für die im Preisverzeichnis nicht aufgeführten Leistungen, die im Auftrag des Anlegers oder in dessen mutmaßlichem Interesse erbracht werden, und die nach den Umständen zu urteilen nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, kann die depotführende Stelle die Höhe des Entgeltes nach billigem Ermessen bestimmen. Der Anleger trägt außerdem alle Auslagen, die anfallen, wenn die depotführende Stelle in seinem Auftrag oder seinem mutmaßlichen Interesse tätig wird (insbesondere Kommunikationskosten wie Telefon und Porti).

11. Verzicht des Anlegers auf Herausgabe von Vertriebsvergütungen

a) Die depotführende Stelle erhält im Zusammenhang mit Wertpapiergeschäften, die sie mit Anlegern über Investmentanteile abschließt, umsatzabhängige Zahlungen von Wertpapieremittenten (Kapitalanlagegesellschaften, ausländische Investmentgesellschaften, einschließlich Unternehmen der Deutsche Bank Gruppe), die diese an die depotführende Stelle für den Vertrieb der Wertpapiere leisten („Vertriebsvergütungen“). Die Kosten des Anlegers erhöhen sich durch diese Provisionen nicht. Vertriebsvergütungen werden als Vertriebsfolgeprovisionen gezahlt. Vertriebsfolgeprovisionen fallen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Investmentanteilen an. Sie werden von den Emittenten dieser Wertpapiere als wiederkehrende, bestandsabhängige Vergütung an die depotführende Stelle geleistet. Die Höhe der Provision variiert, je nachdem ob die depotführende Stelle dem Anleger auch eine Beratung anbietet oder nicht. Die Höhe der Vergütung beträgt derzeit in der Regel bei Rentenfonds zwischen 0,1% und 0,7% p. a., bei Aktienfonds zwischen 0,3% und 1,0% p. a., bei offenen Immobilienfonds zwischen 0,2% und 0,6% p. a. Bei von anderen Beratern betreuten Anlegern behält die depotführende Stelle im Regelfall nur einen geringen Bruchteil der insgesamt fließenden Vertriebsfolgeprovision. Einzelheiten zu den Vertriebsvergütungen für ein konkretes Wertpapier teilt die depotführende Stelle dem Anleger auf Nachfrage, im Fall der Anlageberatung durch die depotführende Stelle unaufgefordert vor dem Abschluss eines Wertpapiergeschäfts mit. Der Anleger erklärt sich damit einverstanden, dass die depotführende Stelle die von den Emittenten an sie geleisteten Vertriebsvergütungen ganz oder teilweise behält, vorausgesetzt, dass die depotführende Stelle die Vertriebsvergütungen nach den anwendbaren Vorschriften annehmen darf. Insoweit treffen der Anleger und die depotführende Stelle die von der gesetzlichen Regelung des deutschen Rechts der Geschäftsbesorgung abweichende Vereinbarung, dass ein Anspruch des Anlegers gegen die depotführende Stelle auf Herausgabe der Vertriebsvergütungen nicht entsteht. Ohne diese Vereinbarung müsste die depotführende Stelle – die Anwendbarkeit des Rechts der Geschäftsbesorgung auf alle zwischen der depotführenden Stelle und dem Anleger geschlossenen Wertpapiergeschäfte unterstellt – die Vertriebsvergütungen an den Kunden herausgeben.

b) Der Anleger erklärt sich außerdem damit einverstanden, dass der Berater und Vermittler des Anlegers bzw. die jeweilige Vermittlungsgesellschaft etwaige Vertriebsvergütungen behält.

12. Verrechnung oder Verkauf von Anteilen

Entgelte, Auslagen und Kosten können mit Zahlungen verrechnet sowie durch den Verkauf von Anteilen bzw. Anteilsbruchteilen in entsprechender Höhe gedeckt werden.

13. Haftung der depotführenden Stelle; Mitverschulden des Anlegers

a) Haftungsgrundsätze

Die depotführende Stelle haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzu zieht. Hat der Anleger durch ein schuldhaftes Verhalten (z. B. durch Verletzung der in Nr. 14 - 17 aufgeführten Mitwirkungspflichten) zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang die depotführende Stelle und der Anleger den Schaden zu tragen haben.

b) Weitergeleitete Depotaufträge

Wenn ein Auftrag seinem Inhalt nach typischerweise in der Form ausgeführt wird, dass die depotführende Stelle einen Dritten mit der weiteren Erledigung beauftragt, erfüllt die depotführende Stelle den Auftrag dadurch, dass sie ihn im eigenen Namen an den Dritten weiterleitet (weitergeleiteter Auftrag). Dies betrifft z. B. die Verwahrung von Fondsanteilen im Ausland. In diesem Fall beschränkt sich die Haftung der depotführenden Stelle auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

c) Haftung der depotführenden Stelle im Hinblick auf Ausführungsgeschäfte

Schließt die depotführende Stelle für Rechnung des Anlegers mit der jeweiligen Abwicklungsstelle ein Kauf- oder Verkaufsgeschäft (Ausführungsgeschäft) ab, so haftet die depotführende Stelle für die ordnungsgemäße Erfüllung des Ausführungsgeschäftes durch ihren Vertragspartner oder dessen Vertragspartner. Bis zum Abschluss eines Ausführungsgeschäftes haftet die depotführende Stelle bei der Beauftragung einer dritten Person mit der Ausführung eines Geschäftes nur für deren sorgfältige Auswahl und Unterweisung.

14. Änderung von Name, Anschrift oder der Vertretungsmacht

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Anleger der depotführenden Stelle Änderungen seines Namens und seiner Anschrift sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der depotführenden Stelle nachgewiesenen Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) unverzüglich schriftlich mitteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (z. B. in das Handelsregister) eingetragen wird.

15. Klarheit von Aufträgen

Aufträge jeder Art müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Nicht eindeutig formulierte Aufträge können zu Verzögerungen in der Auftragsabwicklung führen. Vor allem hat der Anleger bei Einzahlungen, Aufträgen und Verfügungen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der angegebenen DWS Depotnummer und Investmentkontonummer zu achten. Soweit die depotführende Stelle Einzahlungen nicht eindeutig zuordnen kann, darf sie die eingezahlten Beträge zurück überweisen. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen müssen als solche gekennzeichnet sein.

16. Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der depotführenden Stelle

Der Anleger hat Kontoauszüge, Abrechnungen, Aufstellungen und sonstige Anzeigen auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen, und die depotführende Stelle unverzüglich über darin enthaltene Irrtümer, Abweichungen und Unregelmäßigkeiten in Kenntnis zu setzen.

17. Benachrichtigung der depotführenden Stelle bei Ausbleiben von Mitteilungen

Falls die Jahresaufstellungen dem Anleger bis Ende April des jeweiligen Folgejahres nicht zugehen, muss er die depotführende Stelle unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer zu erwartender Mitteilungen (insbesondere Abrechnungen nach der Ausführung von Aufträgen).

18. Pfandrecht

Der Anleger räumt der depotführenden Stelle ein Pfandrecht an allen im DWS Depot und den Investmentkonten verwahrten Vermögensgegenständen ein. Das Pfandrecht sichert alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche der depotführenden Stelle gegen den Anleger aus der Geschäftsverbindung.

Kündigung durch die depotführende Stelle und Auflösung von Fonds, Schlussklauseln

19. Kündigung durch die depotführende Stelle

Die depotführende Stelle kann ein DWS Depot und die Investmentkonten jederzeit mit einer Kündigungsfrist von einem Monat kündigen. Die Anteile werden dem Anleger auf Wunsch ausgeliefert oder nach dem Wirksamwerden der Kündigung veräußert. Der Gegenwert wird dem Anleger ausgezahlt.

20. Auflösung von Fonds

Wird der Fonds, auf dessen Anteile sich das Investmentkonto bezieht, wegen Zeitablauf oder aus einem anderen Grund aufgelöst, so ist die depotführende Stelle berechtigt, die verwahrten Anteile und Anteilsbruchteile des Fonds am letzten Bewertungstag zu verkaufen und den erzielten Liquidationserlös in Anteilen eines Geldmarktfonds (bzw. geldmarktnahen Fonds) in Fondswährung anzulegen, sofern keine gegenteilige Weisung des Anlegers vorliegt.

21. Änderungen dieser Bedingungen

Änderungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden dem Anleger schriftlich bekannt gegeben. Sie gelten als genehmigt, wenn der Anleger nicht schriftlich Widerspruch erhebt. Auf diese Folge wird ihn die depotführende Stelle bei der Bekanntgabe besonders hinweisen. Der Anleger muss den Widerspruch innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Änderungen an die depotführende Stelle absenden.

Stand: November 2007/1

Widerrufsrecht für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland

Wenn der Kauf von Fondsanteilen aufgrund mündlicher Verhandlungen außerhalb der ständigen Geschäftsräume desjenigen, der die Anteile verkauft oder den Verkauf der Anteile vermittelt hat, zustande kommt, ohne dass der Verkäufer oder Vermittler zu den Verhandlungen vom Käufer aufgefordert worden ist, so ist der Käufer nach § 126 Investmentgesetz berechtigt, seine Kauferklärung zu widerrufen (Widerrufsrecht). Der Widerruf hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen schriftlich gegenüber der Kapitalanlagegesellschaft zu erfolgen. Der Lauf der Frist beginnt erst, wenn die Durchschrift des Antrags auf Vertragsabschluss dem Käufer ausgehändigt worden ist oder ihm eine Kaufabrechnung übersandt worden ist. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Widerrufsrecht besteht nicht, wenn ein Gewerbetreibender die Anteile für sein Betriebsvermögen erworben hat. Hat der Käufer vor dem Widerruf bereits Zahlungen geleistet, so sind ihm von der Verwaltungsgesellschaft gegen Rückgabe der erworbenen Anteile der Wert der bezahlten Anteile am Tag nach dem Eingang der Widerrufserklärung und die bezahlten Kosten zu erstatten. Das Recht zum Widerruf gilt auch für den Verkauf von Anteilen. Für den Vertrieb von ausländischen Investmentanteilen, die keine EG-Investmentanteile sind, gilt das Widerrufsrecht für Anleger aus der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 126 InvG, das in den jeweiligen Verkaufsprospekten geregelt ist.

* wurde keine Einzelabrechnung erteilt, erstellt die depotführende Stelle spätestens sechs Monate nach Versand der letzten Abrechnung eine Aufstellung der getätigten Umsätze.